



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker, Alfons Brandl, Matthias Enghuber, Karl Freller, Petra Högl, Dr. Marcel Huber, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Beate Merk, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU

Drs. 18/13514, 18/15265

Suchtberatung während Corona wichtiger denn je!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im zuständigen Ausschuss mündlich zu berichten, ob und gegebenenfalls inwieweit es nach den vorliegenden Erkenntnissen im Rahmen der Coronapandemie vermehrt zu Beratungsanfragen im Bereich der Suchthilfe kam, um diese bei der Weiterentwicklung der bestehenden Hilfsangebote, etwa im digitalen Bereich, berücksichtigen zu können.

In diesem Zusammenhang wird die Staatsregierung zudem aufgefordert, gemeinsam mit den zuständigen Stellen – z. B. psychosozialen Beratungsstellen, sozialpsychiatrischen Diensten, Gesundheits- und Jugendämtern, Sozialhilfeverwaltungen bei den Landratsämtern und kreisfreien Städten, Bezirken, Koordinierungsstelle der bayerischen Suchthilfe (KBS), Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, privaten Organisationen oder hauptamtlich bzw. ehrenamtlich getragenen Selbsthilfegruppen – zu prüfen, wie Menschen mit Suchtproblemen im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel bedarfsgerecht beraten und begleitet werden und Suchtberatungsangebote zukunftssicher aufrechterhalten werden können.

Dabei sind insbesondere Aspekte wie ein flächendeckendes Beratungsangebot (bspw. im Hinblick auf Angebote im Rahmen der Jugendhilfe bzw. frauenspezifische Angebote) oder auch die Dringlichkeit der (Weiter-)Finanzierung vor Ort in den Blick zu nehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident